

Sozialismus

USA: Die Tea-Party-Quittung
Landesbanken retten?

**Forum
Gewerkschaften**

Tarifrunde 2011

Managen Wissensarbeiter sich selbst?

Brasilien: Was wird aus Lulas Erbe?

Außenministerium: Ein »Amt« wird entzaubert



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie
unter www.sozialismus.de.

Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen

www.Sozialismus.de



Aktuelle Kommentare,
Tipps & Termine.

www.wissentransfer.info



Arbeitspapiere, Veranstaltungshinweise, Referenten, Forum.

www.linksnet.de



Das Portal für linke Politik und Wissenschaft von 34 Zeitschriften.

www.vsa-verlag.de



Neuerscheinungen, Inhaltsverzeichnisse, Leseproben.

Höhenflüge – Strategien – Störungen

Redaktion Sozialismus: Der Kampf um die Mitte 2

Uli Cremer: NATO 3.0 oder NATO 2.1? 5

Hagen Kühn: Beschäftigungsunsicherheit und Gesundheit 8

Politische Kreditgeschäfte

Joachim Bischoff/Richard Detje: Überlebenskrise der EU 13

Raoul Didier/Philipp Hersel/Rainald Ötsch/Axel Troost:
Die WestLB am Scheideweg 18

Joachim Bischoff/Knut Persson/Bernhard Sander/Norbert Weber:
Haben die Landesbanken eine realisierbare Zukunft? Eine etwas andere Sicht 23

Forum Gewerkschaften

Otto König/Richard Detje: »Zeit der Krisentarifverträge ist vorbei«
Ausblick auf die Tarifrunde 2011 27

Peter Stahn: »Wissensarbeiter/innen managen sich selbst«
Sind Gewerkschaften überflüssig? 30

Udo Achten: Recht haben und Recht bekommen
(zu Berg u.a., Tarifvertragsgesetz und Arbeitskampfrecht, Basiskommentar) 37

Lothar Wentzel: Heinz Dürrbeck oder die Entstehung der betriebsnahen
Bildungsarbeit (zu Stefan Müllers Biografie) 39

Die Americas: Hegemoniekrise & Führungswechsel

Ingar Solty: Die Tea-Party-Quittung. Das Scheitern des Obama-Projekts
und die US-Zwischenwahlen 2010 42

Rolf Sieber: Demokratisches Desaster bei den Zwischenwahlen in den USA 48

Benedikt Behrens: Was wird aus Lulas Erbe?
Brasilien nach der Wahl von Dilma Rousseff 51

Forschungsergebnisse

Gerhard Stuby: Ein Amt wird entzaubert.
Der Bericht »Das Amt und die Vergangenheit« der Historikerkommission 56

Jens Becker: Soziologie als »Korrekturwissenschaft« –
zum Soziologentag 2010 62

Sabine Reiner: Deutsche Zweiheit – ein nüchterner Blick auf die Einheit
(zur AG Alternative Wirtschaftspolitik, Bilanz der Vereinigungspolitik) 67

Termine/Filmkritik

Impressum 65

Veranstaltungen 68

Johannes Springer: Vapor Trail (Clark) (Filmkritik) 69

Die WestLB am Scheideweg

von | Raoul Didier, Philipp Hersel, Rainald Ötsch und Axel Troost

Warf man in den letzten Wochen einen Blick in die Wirtschaftspresse, so schien die WestLB für niemanden mehr auch nur einen Pfifferling wert zu sein. Den Abgeordneten im Düsseldorf-Landtag scheint sich zu Recht die Frage zu stellen, ob es noch vertretbar sei, der Einzahlung von weiteren 1,3 Milliarden Euro in den bereits 1,2 Milliarden Euro umfassenden Sondervermögensfonds zur Risikoabschirmung der WestLB zuzustimmen.

Dabei ist diese Frage noch recht einfach zu beantworten: Das Land Nordrhein-Westfalen hat sich ohnehin bereits vertraglich verpflichtet, in weitaus größerem Umfang für die Verluste aus früheren Transaktionen der WestLB gerade zu stehen. Das Sondervermögen nicht auf die Höhe der zu erwartenden Verluste aufzustocken, bewirkt somit nur, dass jede Haushaltsplanung zur Makulatur würde, wenn weitere Forderungen aus

der Abwicklungsanstalt abgeschrieben werden müssen. Eine sofortige Haushaltssperre wäre die Folge. Die Finanzierung vieler wichtiger öffentlicher Aufgaben wäre zumindest kurzfristig, schlimmstenfalls dauerhaft, gefährdet.

Weit schwieriger zu beantworten ist die Frage, welche Zukunft für die WestLB, aber auch für die anderen in öffentlichem Besitz befindlichen Landesbanken erstrebenswert ist. Für uns ist diese Fragestellung deshalb von besonderer Bedeutung, weil wir den immer noch wuchernden Finanzsektor am liebsten durch ein Ende des Investmentbankings und eine Zurückdrängung und Vergesellschaftung der privaten Großbanken zurückgestutzt sehen möchten.¹ In der Politik und den Medien ist gegenwärtig allerorten ein Abgesang auf die Landesbanken zu vernehmen. Auch im linken Spektrum gibt es ähnliche Äußerungen, obwohl dort klargestellt wird, dass auch



Westdeutschen Landesbank WestLB, Düsseldorf, 23.3.2010 (Foto: dpa)

eine »geordnete« Bankenschließung eine gigantische Vernichtung öffentlichen Eigentums bedeuten kann.² Außer der vage gehaltenen Forderung nach einem »Rückbezug auf die regionalen Ursprünge und Kernsegmente« werden dort aber keinerlei Perspektiven für einen konsolidierten öffentlichen Landesbankensektor aufgezeigt. Diese Herangehensweise erscheint uns zu defensiv. Womöglich ist sie darin begründet, dass einerseits die Rolle der privaten Großbanken und deren Privilegierung durch die herrschende Politik aus dem Fokus geraten ist, und andererseits die Möglichkeiten, die das Instrument einer Landesbank bieten kann, undiskutiert bleiben.

Zur Erinnerung: Es war der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Commerzbank und Bankenverbandspräsident Martin Kohlhaussen, der Ende der 1990er Jahre bei der EU-Kommission vorstellig wurde, um diese zu einem Feldzug gegen die öffentlichen Banken in Deutschland zu ermuntern. Auch damals war neben den anderen Landesbanken in erster Linie die WestLB das Ziel dieses Angriffs, da diese den Privatbanken zunehmend ins Gehege kam. Der Attacke Kohlhaussens waren rund zwei Jahrzehnte sehr aktiver Industriepolitik der WestLB unter ihrem damaligen Vorstandschef Neuber vorausgegangen.³ Diese Zeit kann durchaus als Beleg dafür dienen, dass eine öffentliche Bank ein geeignetes Instrument sein kann, um Arbeitsplätze und Unternehmen in der Region zu halten, wenn nicht der maximal mögliche Profit das alles bestimmende Ziel ist. Damit soll der damaligen Landesbankenpolitik beileibe kein Persilschein ausgestellt werden – dafür waren es der Skandale und selbstherrlichen Fehlentscheidungen zu viele. Vielmehr sollte deutlich werden, dass eine auch dem Gemeinwohl verpflichtete Bank keine realitätsfremde Idee und kein Verlustbringer sein muss. Dafür müssen ihr allerdings auch entsprechende Privilegien gewährt werden, wie z.B. die unbeschränkte Haftung des Landes für die Verbindlichkeiten des Instituts (»Gewährträgerhaftung«). Gelänge es zudem noch, einen Weg aufzuzeigen, wie wichtige Entscheidungen getroffen werden können, ohne sich allein auf Geschick und Gutwill einiger weniger verlassen zu müssen, so wäre dies schon ein erheblicher Rückgewinn von zuletzt zunehmend privatisiertem Terrain. Freilich sollten von öffentlichen Banken unter kapitalistischen, aber auch anderen Rahmenbedingungen, keine Wunder erwartet werden. Entscheidend wird am Ende immer sein, ob eine Wirtschafts- und Strukturpolitik praktiziert wird, in der das Instrument »öffentliche Bank« sinnvoll eingesetzt werden kann.

Angesichts der auslaufenden Privilegien hat die WestLB bis zur Mitte des letzten Jahrzehnts noch einmal üppig Kredite auf Vorrat am Kapitalmarkt aufgenommen, die sie bis zu einer längerfristigen strategischen Verwendung zwischenzeitlich investieren und verwerten musste. Nur wurde zwischenzeitlich fast keine Struktur- und Wirtschaftspolitik mehr betrieben, die der WestLB – wie auch den anderen Landesbanken – längerfristig sinnvolle Investitionen eröffnet hätte. So engagierten sie sich fast zwangsläufig auf Märkten, die wie die Schiffsfinanzierung oder der berüchtigte US-Immobilienmarkt, von der allgemeinen und schleppenden Wirtschaftsentwicklung in Deutschland weitgehend unabhängig waren – in gewisser Hinsicht war dieses so genannte Kreditersatzgeschäft ein durchaus

rationales Verhalten. Das Ende ist bekannt: Wie viele Banken auf der Welt haben sich auch einige deutsche Landesbanken – die WestLB vorneweg – mit den verbrieften US-Immobilienhypotheken verspekuliert.

Da die WestLB wegen der Verlustrisiken aus diesen Fehlinvestitionen unter teilstaatliche Rettungsschirme flüchten musste, handelte sie sich ein Beihilfeverfahren mit der EU-Kommission ein. Die Bürgschaft für die auszufallen drohenden Wertpapiere wurde von dieser nur unter starken Auflagen genehmigt. Die außerordentliche Situation an den Finanzmärkten, einhergehend mit fehlenden Präzedenzfällen, verschafften der EU-Kommission große Spielräume bei den mit der Genehmigung verbundenen Auflagen. Die Einigung vom Mai 2009 sah für die WestLB unter anderem vor:

- **Schrumpfung:** Bis zum 31. März 2011 müssen Bilanzsumme und risikogewichtete Aktiva gegenüber Ende 2007 um 50% reduziert und fast alle Beteiligungen an Tochtergesellschaften veräußert werden. Nur fünf von elf Niederlassungen in Deutschland und sieben von über 30 Niederlassungen im Ausland sollen erhalten bleiben.
- **Umstrukturierung:** Die Bank muss in drei Kerngeschäftsfelder gegliedert und damit attraktiver für den Verkauf gemacht werden:
 1. Abwicklung des Zahlungsverkehrs (Transaction Banking)
 2. Kreditvergabe an mittlere Unternehmen und Zusammenarbeit mit den Sparkassen (Verbund/Mittelstand)
 3. Kredite an Großunternehmen, Kapitalmarktstätigkeiten und strukturierte Finanzierungen.
- **Verkauf:** Bis Ende 2011 muss es einen mehrheitlichen, möglichst vollständigen Eigentümerwechsel geben. Ansonsten würde eine Abwicklung drohen. Ab Januar 2011 kann die EU-Kommission bei mangelnden Fortschritten einen Treuhänder einsetzen, welcher den Verkauf der Bank veranlassen kann.

Mit guten Argumenten begründete einer der beiden an der WestLB beteiligten Sparkassenverbände seine noch anhängige Klage gegen diese Auflagen damit, dass die Kommission gar nicht nachgewiesen habe, inwieweit der Wettbewerb durch die Beihilfe verzerrt würde und dass sie eine Begründung für die – verglichen mit anderen Beihilfeverfahren – deutlich strenger ausgefallenen Auflagen schuldig geblieben sei. Dabei dienten die obigen Auflagen nur der Genehmigung eines 5 Mrd. Euro-Rettungsschirms für das so genannte Phoenix-Portfolio (siehe Kasten auf der nächsten Seite). Die spätere Abschirmung durch einen weiteren befristeten Rettungsschirm und die Aus-

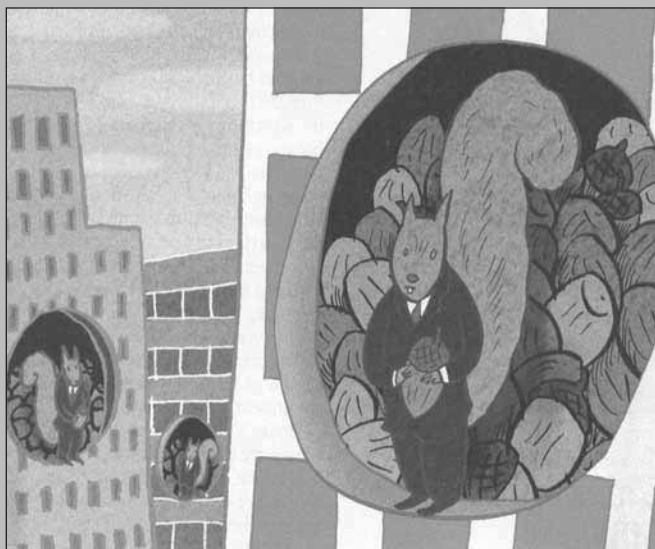
Raoul Didier ist Mitarbeiter der Bundestagsfraktion die LINKE, *Philipp Hersel* und *Rainald Ötsch* sind Mitarbeiter des MdB Axel Troost, *Dr. Axel Troost*, MdB, ist finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

¹ Vgl. Den Bankensektor neu ordnen – und mit der Vergesellschaftung beginnen; ein Diskussionspapier der Bundestagsfraktion DIE LINKE., Berlin 2010.

² Vgl. Bischoff/Persson/Weber, Sind die Landesbanken noch zu retten? vom 8. 11. 2010; abrufbar unter: [http://www.sozialismus.de/index.php?id=6563&tx_ttnews\[tt_news\]=13339&tx_ttnews\[backPid\]=6580](http://www.sozialismus.de/index.php?id=6563&tx_ttnews[tt_news]=13339&tx_ttnews[backPid]=6580)

³ Zu den umstritteneren Beispielen siehe das WDR 5-Feature Milliardengrab WestLB – eine Bank in der Dauerkrise vom 2.5.2010 http://www.wdr5.de/fileadmin/user_upload/Sendungen/Dok5_das_Feature/2010/Mai/Manuskripte/05_02_Milliardengrab_WestLB.pdf

Risiken und Verlustausgleichspflichten aus der Ersten Abwicklungsanstalt (EAA)



Karikatur: Economist

Die WestLB gehörte zu den ersten Banken, die in der Finanzkrise unter staatliche Rettungsschirme gestellt wurden. Zur dauerhaften Stabilisierung der Bank wurden alle nicht-strategischen oder stark risikobehafteten Finanzprodukte in eine eigens dafür geschaffene Abwicklungsanstalt geschoben – die »Erste Abwicklungsanstalt« (EAA). Insgesamt wurden bis zum 1. April 2010 Papiere im Volumen von 77 Mrd. Euro übertragen, darunter auch ein Portfolio mit hochtoxischen Papieren (Phoenix-Zweckgesellschaft). Das Phoenix-Portfolio ist bis heute das größte Sorgenkind der EAA-Eigner. Von insgesamt 23 Mrd. Euro entfallen rund 90% auf US-amerikanische Risiken, worunter sich eine große Anzahl fauler US-Hypothekenverbriefungen befindet. Die WestLB ist damit nicht mehr länger gezwungen, Wertberichtigungen für die ausgelagerten Finanzvermögen zu bilanzieren und entsprechende Abschreibungen vorzunehmen. Die Abwicklungsanstalt ist von den üblichen regulatorischen Kapitalanforderungen befreit und kann die Wertpapiere nach Handelsgesetzbuch (HGB) bilanzieren, also Buch- und nicht Marktwerte ausweisen. Eigentümer der EAA sind die Eigentümer der WestLB. Das wirtschaftliche Risiko der Finanzprodukte ist vollständig von der WestLB auf die EAA übergegangen, gleichwohl herrschen weiterhin enge Geschäftsbeziehungen zwischen den beiden Instituten.

Um die erwarteten Verluste des übertragenen Portfolios auszugleichen, erhielt die EAA 3 Mrd. Euro Eigenkapital von der WestLB. Dazu gewährte der bundesweit agierende SoFFin (Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung) der WestLB eine Stille Einlage in Höhe von ebenfalls 3 Mrd. Euro. Zusätzlich statteten die WestLB-Eigentümer die EAA mit einer Garantie von 1 Mrd. Euro aus. Für die Phoenix-Papiere gilt weiterhin eine bereits im Februar 2008 gewährte Garantie über 5 Mrd. Euro des Landes NRW, der landeseigenen NRW Bank und der zwei regionalen Sparkassenverbände und

Landschaftsverbände. Die ersten 2 Mrd. Euro werden dabei gemeinsam von den Eigentümern und die darüber hinausgehenden 3 Mrd. Euro allein vom Land NRW getragen. Für den überschießenden Garantiebtrag erhielt das Land NRW eine Anpassung seiner Gesellschafterrechte sowie einen Wertausgleich von den anderen Eigentümern.

Sollten sowohl Eigenkapital als auch Garantien vollständig ausgeschöpft werden, greifen weitere Verlustausgleichspflichten über insgesamt 8 Mrd. Euro. Häufig würden diese das Land und die beiden Sparkassenverbände tragen müssen. Jenseits dieser Summe würde NRW mit der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung die Übernahme der Verluste regeln müssen. Die Sparkassenverbände hatten diese Sonderregelung ausgehandelt, da sie sich von einem Verlust in dieser Größenordnung überfordert sahen. Allein das Vorhandensein dieser Regelungen zeigt, dass die Eigentümer einen solch enormen Verlust nicht ausschließen können.

Die EAA ist beauftragt, die übernommenen Wertpapiere langfristig abzubauen. Im Portfolio befinden sich auch Papiere mit guter Bonität, etwa Staats-, Kommunal- und Unternehmensanleihen. 57% der Papiere besitzen nach Angaben der EAA Investment Grade, d.h. ein Rating von BBB oder besser. Dennoch haben die problematischen Papiere einen gravierenden Einfluss auf die Bank. 17% des Nominalvolumens entfällt auf die im Geschäftsbericht am stärksten ausfallgefährdet ausgewiesene Kategorie. Bis Ende August 2010 wurde das Portfolio nominal um 12% von 77 Mrd. Euro auf 68 Mrd. Euro abgebaut. Verkauft wurden vor allem Kredite guter Bonität. Bei den derzeit als unverkäuflich geltenden strukturierten Produkten wird deren Rückgang um 4,5% mit »abgelaufenen planmäßigen Fälligkeiten«, d.h. Ausfällen, zu erklären sein. Bei den Staatsanleihen entfällt etwa die Hälfte des Volumens auf Papiere aus den so genannten PIIGS-Staaten (Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien).^{*} Diese bergen derzeit auch schlecht zu beziffernde Risiken.

Von Papieren im Volumen von 77,5 Mrd. Euro fielen laut EAA-Geschäftsbericht 21,1 Mrd. Euro in die Kategorie »verkaufen«, wobei die Annahme zugrunde liegt, dass »aktuell oder mittel- bis langfristig ein Verkauf zum – oder nahe dem – Buchwert möglich« sei. Es ist daher abzusehen, dass die EAA auf vielen, insbesondere den problematischen Papieren auf absehbare Zeit sitzen bleiben wird. Ein schnelles Ende für die EAA ist nicht in Sicht: Papiere im Nominalvolumen von 33,5 Mrd. Euro haben eine Laufzeit von 20 Jahren oder mehr.

Das Ergebnis der ersten sieben Monate der EAA liegt bei -1,05 Mrd. Euro. Der Verlust geht im Wesentlichen auf das Phoenix-Portfolio zurück. Damit ist im ersten Geschäftsjahr bereits ein Drittel des Eigenkapitals verbraucht. Seitens der EAA wurde kommentiert, dass erstmal nicht mit weiteren Verlusten in dieser Größenordnung zu rechnen sei.

^{*} Vgl. auch Bischoff/Detje, Erst Griechenland, dann Irland, dann ... vom 9.11.2010; abrufbar unter: http://www.sozialismus.de/kommentare_analysen/detail/artikel/erst-griechenland-dann-irland-dann/

lagerung knapp eines Drittels des Geschäftsvolumens in eine Abwicklungsanstalt waren hierbei noch gar nicht berücksichtigt. Diese Rettungsmaßnahmen sind bis heute nur vorläufig und mit deutlich kommuniziertem Bauchgrimmen der Kommission genehmigt.

Die Kommission wirft der WestLB vor, nach wie vor kein tragfähiges Geschäftsmodell zu haben und bei der Auslagerung in die Abwicklungsanstalt eine verdeckte Beihilfe im Wert von 6,95 Mrd. Euro erhalten zu haben. Davon seien 3,4 Mrd. Euro nicht durch Gegenleistungen, etwa in Form einer späteren Rückzahlungsvereinbarung, abgegolten. Dies verschaffe der WestLB einen unangemessenen Wettbewerbsvorteil. Die WestLB verteidigt sich mit dem Einwand, die Bewertung der übertragenen Wertpapiere wäre nach Gesetzeslage (Finanzmarktstabilisierungsgesetz) geschehen und von den beauftragten Prüfern nicht beanstandet worden. Die EU hätte zudem Nachteile für die WestLB durch die Übertragung in Höhe von 1,8 Mrd. Euro außer Acht gelassen.

Das Ausmaß der zu erwartenden Verluste in der Abwicklungsanstalt ist derzeit gar nicht verlässlich zu quantifizieren (siehe Kasten). Politische Entscheidungsträger und die interessierte Öffentlichkeit stehen daher im Beihilfestreit vor einem Dilemma: Für die umstrittene Bezifferung der Beihilfe müssen Wertpapiere, die schon in ruhigeren Zeiten kaum zu bewerten waren, in der jetzigen unruhigen Zeit bewertet werden. Dies eröffnet zwangsläufig große Bewertungsspielräume. Zugleich verfolgen aber alle beteiligten Parteien strategische Interessen.

Da niemand in Anspruch nehmen kann, die Risiken in den Portfolien hinreichend genau abschätzen zu können, kann es nur einen politischen Kompromiss geben. Rund ein Jahrzehnt, nachdem die EU-Kommission auf Drängen der Commerzbank zur Treibjagd auf die öffentlichen Banken geblasen hat, lohnt sich daher ein Blick auf die Rivalen Commerzbank und WestLB und ihre offensichtlich sehr unterschiedlich guten Beziehungen nach Brüssel – denn die Commerzbank hat sich mit dem Erwerb der Dresdner Bank ebenfalls heillos in die Risiken des US-Immobilienmarktes verstrickt.

Während nach Auffassung der Kommission das Beihilferecht angeblich erzwingt, die WestLB binnen kürzester Frist ohne Rücksicht auf Verluste zu verscherbeln, erfolgte die staatliche Stützung der Commerzbank gemessen an den sehr viel höheren Beihilfen zu viel weicheren Konditionen. Für den Verkauf der Pfandbriefbank Eurohypo wurde der Commerzbank Zeit bis 2013 eingeräumt. Dabei erhielt die Commerzbank insgesamt staatliche Kapitalspritzen in Höhe von 18,2 Mrd. Euro zu einem Zeitpunkt, als sich ihr Börsenwert auf gerade mal 3,8 Mrd. Euro belief. Die Stillen Einlagen und das Aktienpaket im Umfang von 25% plus einer Aktie, die der Staat für sein Engagement erhielt, sind bisher mit keinerlei Belastungen oder Einschränkungen für die Commerzbank verbunden. Die Regierung möchte auch erklärtermaßen keinen Einfluss auf die Geschäftspolitik ausüben. Zinsen erhält der Staat erst und nur dann, wenn die Commerzbank nach der Lesart des Handelsgesetzbuches wieder Gewinne ausweist, was



Rosa XVI. Internationale Luxemburg Konferenz

**Imperialismus im 21. Jahrhundert:
Lernen, wie wir kämpfen müssen**

**Samstag, 8. Januar 2011, Urania Berlin
(An der Urania 17, Saalöffnung 10 Uhr)**

Mit u. a.: Moshe Zuckermann (Soziologe und Historiker, Israel), Gaspár Miklós Tamás (Politiker und Philosoph, »Grüne Linke«, Ungarn), Carlos Lozano (Chefredakteur VOZ, Mitglied ZK KP Kolumbien), Inge Viett (Radikale Linke), Gesine Löttsch (Vorsitzende Die Linke)

Das komplette Programm finden Sie unter: www.rosa-luxemburg-konferenz.de

Eine Veranstaltung der Tageszeitung *junge Welt* mit Unterstützung von linken Medien, Gewerkschaften, Soligruppen und Initiativen.

Die Tageszeitung
jungeWelt

bisher nicht geschehen und auch in der nächsten Zeit nicht zu erwarten ist. Faktisch hat also der 25%ige Anteilserwerb des Staates zu einem vielfach überhöhten Preis und bisher ohne jede Gegenleistung stattgefunden. Da mutet der Streit zwischen der WestLB und der EU-Kommission um die angemessene Bewertung der in die Abwicklungsanstalt übertragenen Vermögenswerte fast schon kleinlich an. Völlig zu Recht entsteht der Eindruck, dass die bei den Landesbanken aufgehobene Gewährträgerhaftung nun zum Schutz der zweitgrößten privaten Großbank durch die Hintertür durch den Bund wieder eingeführt worden ist.

Von Wettbewerbsgleichheit zwischen privatem und öffentlichem Eigentum kann hier keine Rede sein. Während die WestLB aufgrund ihrer Auflagen etwa Standorte in Köln, Dortmund und Münster schließen musste, bleiben die Niederlassungen der Commerzbank – ob hierzulande oder in Steueroasen – unbeanstandet. Die durch Schattenfinanzplätze ermöglichten Wettbewerbsvorteile für transnational operierende Banken stellen für die Kommission keinen Grund zur Intervention dar. Gleichzeitig will sie neuerdings Hand an die Einlagensicherungssysteme der öffentlich-rechtlichen Banken legen, wobei sie nun auch die Landesbanken aus der Institutsicherung der Sparkassen herauslösen will.⁴ Damit macht sie weiter Bankenpolitik unter dem Deckmantel des Wettbewerbs. Die EU-Kommission hat sich natürlich im Rahmen der ihr zustehenden Kompetenzen zu bewegen. Hier zeigt sich aber erneut, dass die zentralen Glaubensbekenntnisse der Europäischen Gemeinschaft, darunter Kapitalfreiheit und Wettbewerb, offenbar keine angemessene Reaktion auf die in der Finanzkrise offensichtlich gewordene Fehlentwicklung des Finanzsystems ermöglichen.

Die Rückgewinnung von zuvor privatisierten Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge ist in der deutschen Bevölkerung so populär wie nie zuvor in den vergangenen drei Jahrzehnten. Vielerorts sind Bürgerinitiativen gemeinsam mit Stadt- und Gemeinderäten erfolgreich dabei, Ver- und Entsorgungsbetriebe zu rekommunalisieren. Und wie das Bewusstsein darüber erstarkt ist, dass diese Dienstleistungen auf Dauer am besten, am sichersten und am günstigsten in öffentlicher Hand erbracht werden, so hat sich in den vergangenen drei Jahren auch die Einsicht verbreitet, dass das Finanzsystem zu wichtig ist, um es den Profitinteressen einzelner Großbanken auszuliefern. Während aber die Sparkasse oder die Volksbank um die Ecke tatsächlich an Ansehen und Einlagen gewinnen konnten, genießen die privaten und öffentlichen Großbanken bestenfalls noch die Reputation von Strolchen. Unter diesen Umständen ist die Versuchung im politischen Raum verständlich, sich am liebsten von solchen »Schmuddelkindern« zu trennen. Ihren Ansehensverlust konnten die Landesbanken bisher auch dadurch kaum wettmachen, dass sie sich mitten in der tiefsten Wirtschaftskrise, im Vergleich zum Privatbankensektor, intensiv bei der Kreditversorgung von größeren wie kleineren Unternehmen engagiert haben.

Doch was wäre die Folge einer Entstaatlichung oder Abwicklung der Landesbanken? Die aus früheren Fehlentscheidungen resultierenden riesigen Verluste werden auch im Falle eines Eigentümerwechsels oder einer Zerschlagung am Staat

hängen bleiben. Ein halbwegs ordentlicher Preis ist vor dem Hintergrund der nach wie vor knappen Frist, welche die EU-Kommission zum Verkauf von West-Immo und WestLB gesetzt hat, kaum zu erwarten. Damit hätte wenigstens ein Teil der aufgelaufenen Verluste in vertretbarer Weise ausgeglichen werden können. Ein größerer Wurf, etwa die mit einer Neuorientierung einhergehende eigenständige Konsolidierung der Bank, eine Lösung im Sinne der Sparkassen oder ein Neuanlauf zu einer Landesbankenfusion ist unter dem starken Verkaufsdruck wohl unmöglich und wird durch das nach wie vor andauernde Beihilfeverfahren von der EU-Kommission nach Kräften torpediert. Unabhängig davon, ob es bei der WestLB auf eine Zerschlagung oder einen Verkauf als Ganzes oder in Teilen hinauslaufen wird, deutet alles darauf hin, dass die maßgeblichen Profiteure im privaten Finanzsektor zu finden sein werden. Die ebenfalls angeschlagenen und als Käufer in Frage kommenden anderen Landesbanken ringen selbst um ihr Überleben.

Mit einer Zerschlagung oder Übereignung an das private Finanzkapital droht aber nicht nur ein Verkauf unter Wert und eine weitere Konzentration des deutschen Bankensektors. Mindestens genauso schwerwiegend dürfte es sein, dass dem Gemeinwesen eine Bank mit momentan noch rund 5.000 Beschäftigten und deren Know-How aus der Hand genommen wird. Eine vom Kopf auf die Füße gestellte WestLB könnte gerade auch bei der Rekommunalisierung der Energieerzeugung und dem ökologischen Umbau der Energiewirtschaft ein beachtlicher Finanzierungspartner sein. Sie zählt international zu den führenden Energieprojekt- und Kraftwerksfinanzierern, hat dabei aber gerade im Ausland in Fragen der ökologischen Folgewirkungen wenig Sensibilität bewiesen. Wer an dieser mangelnden ökologischen Sensibilität etwas ändern und einen sozial-ökologischen Umbau finanzieren will, erreicht das aber sicher nicht dadurch, die WestLB in die Hände privater Profitmaximierer zu geben. Es bedarf vielmehr grundlegender Strukturreformen und einer weitergehenden gesellschaftlichen Kontrolle des Bankensektors. Statt die WestLB zu privatisieren und anschließend private gewinnorientierte Aktionäre im Aufsichtsrat zu haben, muss an einer Perspektive gearbeitet werden, u.a. durch Verbraucher- und UmweltschützerInnen im künftigen Verwaltungsrat in enger Abstimmung mit den beteiligten Sparkassenverbänden eine gemeinwohlorientierte »Demokratische Regionalbank für den Westen« zu entwickeln.

Somit steht nach unserer Auffassung die gesamte gesellschaftliche Linke vor der Herausforderung, das öffentliche Eigentum in guten wie in schlechten Zeiten gegen das private Finanzkapital und seine Vollstrecker in Brüssel und anderswo zu verteidigen. Diese Verantwortung gilt gegenüber Musterknaben wie Betrieben der kommunalen Daseinsvorsorge genau so wie gegenüber Schmuddelkindern à la WestLB. Dies muss allerdings notwendig mit einem Prozess hin zu mehr Transparenz und demokratischer Kontrolle öffentlicher Unternehmen verknüpft sein.

⁴ Vgl. dazu »Reform der Einlagensicherung – Todesstoß für die Landesbanken?«, Handelsblatt vom 17.11.2010.

Haben die Landesbanken eine realisierbare Zukunft?

Eine etwas andere Sicht

von | Joachim Bischoff, Knut Persson, Bernhard Sander und Norbert Weber



Karikatur: Economist

Die Tage der deutschen Landesbanken in ihren derzeitigen Konstruktionen scheinen gezählt zu sein. Von den neun Landesbanken geht es vier der fünf Größten – der WestLB, der HSH Nordbank, der BayernLB sowie der Landesbank Baden-Württemberg – richtig schlecht. Das Wasser steht ihnen »bis zum Hals«. Derzeit am kritischsten ist die Situation bei der WestLB.

Die Landesbanken sind besonders schwer von der großen Finanz- und Wirtschaftskrise getroffen worden. Diese besondere Anfälligkeit hat mit dem Geschäftsmodell zu tun. Weil für die Landesbanken in den regionalen Ökonomien keine tragfähige Entwicklungsperspektive existierte, wollten sie zügig den Übergang zu international agierenden Kapitalmarkt-

banken schaffen. Der Boom auf den Finanzmärkten, der auf den Zusammenbruch der New Economy folgte, schien exzellente Rahmenbedingungen für eine solche Transformation bereit zu halten. Die HSH Nordbank war wie die WestLB, die BayernLB, die Landesbank Baden-Württemberg oder die Sach-

Joachim Bischoff, Mitglied der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft, gehört dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur HSH Nordbank an; *Knut Persson*, Diplom-Sozialwissenschaftler, arbeitete u.a. als Abteilungsleiter in einem Großunternehmen; *Norbert Weber*, Bankkaufmann, Bankfachwirt und Bankbetriebswirt, war von 1976 an in der Kreditwirtschaft tätig, er gehört ebenfalls dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft zur HSH Nordbank an. Die drei Autoren haben soeben das Buch »Tatort HSH Nordbank. Über »Bankenrettungen«, Landesbanken und Schlammschlachten« (Hamburg 2010) veröffentlicht. *Bernhard Sander* ist Redakteur von *Sozialismus*.

senLB mit großen Kapitalsummen in dem Kreditersatzgeschäft aktiv und wurde folglich vom zeitweiligen Zusammenbruch der Märkte für strukturierte Wertpapiere massiv getroffen.

Auf Druck der EU-Kommission, die seit den 1990er Jahren mit der Deregulierung und Liberalisierung der europäischen Kapital- und Finanzmärkte beschäftigt war, wurden den Landesbanken zum Jahr 2005 (mit einer Übergangszeit bis 2015 – das »grandfathering«) die Staatsgarantien entzogen (Gewährträgerhaftung). In dieser Situation eines wachsenden Angebotes an Geldkapital und nicht gleichermaßen anwachsenden Anlagemöglichkeiten wurden die Führungen der Landesbanken besonders »mutig«: »Die Furcht, nicht mehr genug verdienen zu können, machte die Landesbanken unvorsichtig: Halb-private und öffentlich-rechtliche Banken in Deutschland, von der IKB über die Sachsen- und die BayernLB bis zur HSH Nordbank, gehörten zu den begeistertsten Käufern der Finanzprodukte, die sich später als Schrott herausstellen sollten.«¹

Man konnte zwar nicht beurteilen, in was und in welche Länderrisiken man da investierte, aber das war offenkundig auch nicht wichtig. Man wollte zu den »Global Playern« gehören. Gier und Größenwahnsinn machten sich breit. Zudem hatte die Vorgehensweise für die Landesbanker einen höchst angenehmen Nebeneffekt: Die persönlichen Bonifikationen sprudelten üppig – nicht nur für den Vorstand, sondern auch für das wenig arbeitsintensive »Arbeiten« im Aufsichtsrat. Aufsichtsratsmitglieder wurden hofiert, mit günstigen, beliebig hohen Kreditlinien ausgestattet. Die Banken gaben ihnen das Gefühl, stolz sein zu können, dazuzugehören. Es entstand eine Kultur der Unkritik und Abhängigkeit.

Die Quittung kam mit dem Platzen der Subprime-Immobilien- und Hypothekenblase in den USA, die sich auf andere Länder und auf andere Verbriefungsmärkte ausweitete. Nach dem Konkurs der Lehman-Bank im September 2009 stand das internationale Banken- und Finanzsystem kurz vor einem vollständigen Kollaps. Durch massive öffentliche Kredite und eine expansive Geldpolitik der Notenbanken konnte die Situation zunächst vorläufig stabilisiert werden. Auch die Landesbanken mussten durch die Eigentümer (Bundesländer und Sparkassen) massiv gestützt werden.

Die EU-Kommission sieht sich fast ein Jahr nach Eröffnung eines zusätzlichen Prüfverfahrens nicht imstande, die Beihilfen für die Landesbanken zu genehmigen, die bei der Gründung der »Bad Banks« im Frühjahr 2010 notwendig wurden. In den Beihilfverfahren geht es um die Bedingungen der Restrukturierung und möglicherweise verdeckte Subventionen für die angeschlagenen Finanzinstitute.

Die EU-Kommission hatte z.B. die notwendigen Stützungsmaßnahmen für den Erhalt der WestLB nur unter extremen Auflagen genehmigt. So sollten Tochtergesellschaften veräußert und ein neues Geschäftsmodell entwickelt werden. Die WestLB durfte einen Teil ihrer Giftmüllpapiere in einer Größenordnung von mehr als 77 Mrd. Euro in eine neu gegründete »Bad Bank« auslagern. Trotz der öffentlichen Stützungsmaßnahmen musste im Nachtragshaushalt des Landes Nordrhein-Westfalen ein weiterer Kapitaleinschuss in Höhe von 1,3 Mrd. Euro bereitgestellt werden, um die Bank weiter

am Leben zu halten.

Die EU-Kommission hat zudem auf Unregelmäßigkeiten beim Transfer der toxischen Papiere auf die »Bad Bank« hingewiesen. Es seien 3,4 Mrd. Euro verdeckter Subventionen geflossen. Die Bank hatte die Gelegenheit genutzt, die Giftmüllpapiere zu viel zu hohen Kursen zu bewerten und zu diesen Preisen auf die »Bad Bank« zu übertragen. Diese musste die Papiere im Rumpfgeschäftsjahr sofort in Milliarden-größenordnungen abschreiben und aufs angemessene Maß »runter« bewerten.

Für EU-Kommissar Almunia wird die geordnete Abwicklung der WestLB zur realistischen Alternative: Sie müsse die Hilfen zurückzahlen oder ihr Geschäft weiter eindampfen, um die Wettbewerbsverzerrung auszugleichen. Weder die Fusion mit einer anderen Landesbank noch der Verkauf der verbliebenen WestLB als Ganzes an einen privaten Investor scheinen so möglich. Für werthaltige Teile wie die Immobilientochter Westimmo oder das Geschäft mit mittelständischen Firmenkunden werden sich Käufer finden. Der Rest müsse abgewickelt, das Neugeschäft eingestellt werden. Ähnliche Argumentationen gibt es auch bei der HSH Nordbank.

Obwohl der Bund großzügig Mittel in die WestLB eingebracht hat, kommt die Kernbank auf keinen grünen Zweig. »Wir haben wachsende Zweifel an der Rentabilität der Bank«, konstatiert Almunia. Die WestLB verlasse sich mehr denn je auf riskante Kapitalmarktgeschäfte und ignoriere damit die frühere EU-Auflage, Risiken in ihrer Bilanz abzubauen.

Nach den gescheiterten Fusionsgesprächen mit der Bayern LB will die EU-Kommission jetzt Fakten sehen und fordert den Verkauf und die Zerschlagung der Bank. Selbst Hilmar Kopper, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank und jetziger Aufsichtsratsvorsitzender der HSH Nordbank, sieht keine Chance mehr für den Erhalt der WestLB. Er fordert deren Abwicklung bzw. Zerschlagung und sieht nicht einmal ansatzweise ein tragfähiges Geschäftsmodell.

Die Aufregung ist groß, Vorstand und Betriebsrat der WestLB bemühen sich verzweifelt um den Erhalt der Bank. Dies kann jedoch erneut nur mit weiteren Steuermilliarden erreicht werden.

Der deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV) hatte die Bemühungen von WestLB und BayernLB wohlwollend begleitet. Nach dem Scheitern der Fusionsverhandlungen, den Schwierigkeiten beim Verkauf von Teilen der Bank und dem erhöhten Druck aus Brüssel dürften nun auch bei den Sparkassen die Alarmglocken schrillen. Viele Sparkassen in Nordrhein-Westfalen haben ihren Anteil an der WestLB in den Bilanzen noch nicht abgeschrieben. Eine WestLB-Pleite könnte angeschlagene NRW-Sparkassen-Institute so hart treffen, dass der Verband sie auffangen muss.

Gleichwohl: Eine geordnete Abwicklung der WestLB, die seit Jahren immer wieder an ihren selbst verursachten Problemen zu ersticken droht, dürfte nicht mehr jenseits aller Vorstellungen sein. Für die Stabilität des bundesdeutschen Finanzsystems ist eine geordnete Schließung der Bank sowohl für die öffentlichen Finanzen als auch für die am Eigenkapital beteiligten Sparkassen keine einfache Aufgabe. Denn selbst eine »geordnete« Schließung beinhaltet die Gefahr einer rie-

sigen Wertvernichtung von öffentlichem Eigentum, denn die in die »Bad Bank« ausgelagerten Bestände machen nur ein knappes Viertel des vom Ausfall bedrohten Wertpapier- und Kreditengagements aus.

Weitere Fusionsgespräche mit anderen Landesbanken, wie vom Vorstandsvorsitzenden der WestLB, Dietrich Voigtländer, angekündigt, sind bereits im Vorfeld zum Scheitern verurteilt. Die selbst in einem schweren Umfeld agierenden anderen Landesbanken haben eigene Probleme zu bewältigen, eine Fusion mit der angeschlagenen WestLB löst kein einziges davon. Die kleineren Landesbanken, die derzeit noch recht unbeschädigt agieren können, werden sich ein Zusammengehen mit der WestLB nicht antun. Die wirtschaftlichen Risiken der Bank sind kaum zu überschauen, der Halbjahresbericht der WestLB weist eine Größenordnung von 119 Mrd. Euro an wahrscheinlichem Bestandsausfall aus. Weitere Kapitaleinschüsse, wie hoch auch immer, dürften lediglich ein »Tropfen auf den heißen Stein« sein und sofort verdampfen.

Die BayernLB, die LBBW und die HSH Nordbank hätten immerhin noch die Möglichkeit, sich selbst aus dem Sumpf zu ziehen. Grundvoraussetzung hierfür wäre jedoch auch für diese Landesbanken ein neues, nachhaltig tragfähiges Geschäftsmodell. Dieses ist jedoch bei keiner dieser Landesbanken erkennbar! Nach wie vor wird lediglich in den Segmenten verdient, die die Landesbanken an den Rand des Abgrunds gebracht haben. Somit dürfte auch bei anderen Landesbanken eine »geordnete Abwicklung« lediglich eine Frage der Zeit

sein. Angesichts der inzwischen allen politisch Verantwortlichen bekannten Situation der Landesbanken müssten weitere Kapitaleinschüsse zudem als vorsätzliche Veruntreuung von Steuergeldern bezeichnet werden.

Der entscheidende Punkt: Die Restrukturierung kann nur gelingen, wenn bei drastischer Rückführung des Bilanzvolumens durch Trennung vom Kreditersatzgeschäft ein regionalpolitisch fundiertes Geschäftsmodell etabliert wird. Für die HSH Nordbank wird z.B. projiziert, dass die Bank sich nach einer Trennung vom Kreditersatzgeschäft auf die Geschäftsfelder Schiffsfinanzierung, Flugzeugleasing und Ausbau der regenerativen Energie einlässt. All diese Geschäftsfelder, wenn sie denn profitabel sind, sprengen den Rahmen einer regionalen Investitions- und Förderbank jedoch vollständig.

Die Reorganisation des Geschäftsmodells müsste mit weitergehenden Reformschritten einhergehen. Erforderlich und möglich wären

- der Rückbezug auf die regionalen Ursprünge und Kernsegmente (Auslandsaktivitäten nur mehr in Form von Kooperationen mit im Ausland ansässigen Banken). Dieses wäre eine Grundvoraussetzung für ein – wie auch immer konstruiertes – Weiterbestehen eines »übergeordneten Sparkassen-Zentralinstitutes«, auch auf regionaler Ebene. Problem hierbei sind sicherlich die Sparkassen selbst, die eine der-

■ ¹ Storbeck, O. (2009): Die Jahrhundertkrise, Stuttgart, S. 24.

VSA: Banken und andere Staatsaffären



J. Bischoff/K. Persson/N. Weber
Tatort HSH Nordbank
 Über »Bankenrettungen«, Landesbanken und Schlammschlachten
 168 Seiten; € 14.80
 ISBN 978-3-89965-445-5
 Skandallhintergründe, die Rolle der Landesbanken und mögliche Alternativen.



Joachim Bischoff/Richard Detje/
 Christoph Lieber/Bernhard Müller/
 Gerd Siebecke
Die große Krise
 Finanzmarktcrash – verfestigte
 Unterklasse – Alltagsbewusstsein –
 Solidarische Ökonomie
 176 Seiten; € 12.80
 ISBN 978-3-89965-397-7



Louis Althusser
**Ideologie und ideologische
 Staatsapparate**
 Herausgegeben von Frieder Otto Wolf
 128 Seiten; € 12.80
 ISBN 978-3-89965-425-7
 Neuausgabe zentraler Texte des einflussreichen französischen marxistischen Theoretikers.



Kilian Stein
**Die juristische
 Weltanschauung**
 Der Staat als Fetisch
 128 Seiten; € 12.80
 ISBN 978-3-89965-431-8
 Die »juristische Weltanschauung« als verkehrter Ausdruck von Privateigentum und Staat.

Im Buchhandel oder direkt bei: VSA-Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg,
 Tel. 040/28095277-0, Fax 28095277-50, info@vsa-verlag.de

www.vsa-verlag.de

artige hauseigene Konkurrenz nicht dulden werden. Über viele Jahre hinweg haben die Sparkassen – erfolgreich – alles getan, um diese Art Konkurrenz zu verhindern;

- die Schaffung eines schnell greifenden, effizienten Insolvenzrechts für Banken. Ein solches Insolvenzrecht muss die Möglichkeit einer konsolidierten »Gesundung« und somit einer erneuten Marktfähigkeit als alternatives Ziel zu einer geordneten Abwicklung enthalten. Das würde jedenfalls die »Skrupel« bzw. zögerliche Entscheidungswege der entscheidenden Aufsichtsbehörde minimieren, zügig und effizient ein Insolvenzverfahren zu eröffnen;
- die Ausweitung und Konkretisierung der Kompetenzen für die BaFin als Aufsichtsbehörde;
- die Korrektur der viel zu weit auslegbaren internationalen Bilanzierungsregeln ISRF durch zusätzliche nationale Regelungen und die Schaffung einer kompetenten Kontrollkommission (z.B. der BaFin unterstellt);
- die Kontrolle von Aktiengesellschaften, die gegen diese Regeln verstoßen, durch Veröffentlichung von »Schwarzen Listen« und die Einführung von Sanktionen, z.B. durch Handelsverbot an deutschen Börsenplätzen;
- der Entzug der Bankleiterlizenz für Bankvorstände, die gegen die Regeln verstoßen – ohne Ausgleichsansprüche beim Ausscheiden;
- die Deckelung der Gehälter und Einkommen und die Schaffung von permanenter Transparenz;
- das Geltendmachen politischer und auch finanzieller Verantwortung der Verursacher der hausgemachten Situation der Banken – dazu gehören Vorstände, Aufsichtsräte und auch Politiker.

Die notleidenden Landesbanken verkaufen – teilweise stillschweigend – profitable Tochterunternehmen und vereinnahmen die erzielten Erlöse als Deckungsbeitrag zum maroden Geschäftsbetrieb. Dies ist für die mit Steuergeldern am Leben gehaltenen Institute nicht hinnehmbar. Die Erlöse müssen als Gegenleistung für die Stützungsmaßnahmen dienen, entweder durch Kaufpreishinterlegung bei Treuhändern (bei der HSH z.B. bei der HSH Finanzfonds AöR) oder Ausgabe von entsprechenden Aktienpaketen, und zwar zum Nominalwert.

Es sind bereits gewaltige Beträge in die Landesbanken gesteckt worden, ohne dass eine Besserung in Sicht ist. Erkenntnisse über die Fehlentwicklungen sind mittlerweile ausreichend vorhanden, die Alternativen haben wir angedeutet. Nun müssten Konsequenz gezogen werden.

Selbst wenn die Landesbanken eine Regelung mit ihren Sparkassen hinbekommen würden, wie man am regionalen Markt (Mittelstand, regionale Wirtschaft, Begleitung von Immobilienfinanzierungen und Investitionen, und somit ein nachhaltiges, regional verankertes Geschäftsmodell initiieren und auch mit Inhalten füllen) einen Weg des Miteinander und nicht Gegeneinander findet, zeigt die Geschichte der Landesbanken allerdings, dass sie sich nie an gemeinsame »Spielregeln« und Absprachen gehalten haben. Das mit Abstand größte Hemmnis neu aufgestellter Landesbanken dürften die handelnden Personen selbst sein. »Neuer Wein in alten Schläuchen« wird bei Landesbanken niemals funktionieren.

Den Landesbanken fehlt das wichtigste: die Kunden. Sie

haben keine treuen Bestandskunden und aufgrund ihrer Eigenkapitaldecke kaum die Möglichkeit, über Neugeschäft Neukunden zu akquirieren. Da die Sparkassen das Feld der Privatkunden seit Jahrzehnten erfolgreich beackern und die Geschäftsbanken in den Bereichen der Unternehmenskredite traditionell verankert sind, blieb etwa der WestLB nach Aufhebung der Gewährträgerhaftung nur das windige Geschäft ausländischer Großinvestitionen (Pipelines z.B.) oder die Spekulation. So versenkte ein Vorstand über eine Milliarde Euro in einem britischen Kabelfernseh-Betreiber und ein anderer Vorstand handelte sich noch vor Ausbruch der Finanzkrise im Zuge von Spekulationen mit Vorzugsaktien auf eigene Rechnung einen Fehlbetrag von 600 Mio. Euro ein (Handelsblatt vom 8.10.2010).

Zu großen industriepolitischen Manövern, mit denen man die landespolitisch wichtigen Kernstrukturen in der chronischen Überakkumulation bekämpfen und damit den Arbeitsplatzabbau dämpfen und verlangsamen könnte (wie der Fusion der Stahlkonzerne Thyssen-Krupp oder der Energiekonzerne RWE-VEW), wäre die Bank auf absehbare Zeit nicht in der Lage. Aus Sparkassenkreisen ist immer wieder zu hören, dass man die WestLB weder als Sparkasse der Sparkassen noch als Girozentrale wirklich brauche. Selbst große Investitionsprojekte könne man alleine stemmen. Allerdings ist fraglich, bis zu welchen Dimensionen.

Mit der NRW-Förderbank steht der Landesregierung zudem ein strukturpolitisches Instrument zur Verfügung, mit dem »staatlichen Auftrag, das Land und seine kommunalen Körperschaften bei der Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben, insbesondere in den Bereichen der Struktur-, Wirtschafts-, Sozial- und Wohnraumpolitik, zu unterstützen«. Die Bank ist laut diesem Gesetz im Rahmen von EU-Regulierungen ermächtigt, »alle banküblichen Finanzierungsinstrumente einzusetzen« (§ 3 NRW-Bank-Gesetz).

Auch wenn derzeit ein derartiger politischer Wille nicht zu erkennen ist, könnte diese Bank einen wertvollen Beitrag zur sozial und ökologisch nachhaltigen Umgestaltung der industriellen Basis leisten. So ist schon heute der Umbau der beiden großen Automobilanbieter (Opel in Bochum und Ford in Köln) zu integrierten Mobilitätsunternehmen notwendig (Elektrofahrzeuge, Hybridantriebe usw.). Beim Steinkohlebergbau ist zu prüfen, ob Forschung und Nutzung aller Potentiale dieses Rohstoffs ausgeschöpft sind. Schließlich sind in NRW angesichts des massiven Verfalls der an Real Estate Trusts übergegangenen Wohnungsbestände und des Schrumpfens der Städte vor allem im Ruhrgebiet Stadtumbauprogramme und intensive Neubauaktivitäten dringend von Nöten.

Zusammengefasst: Aufgrund der historischen Erfahrungen mit den Landesbanken in ihrer derzeitigen Struktur ist es weltfremd, zu glauben, man könnte diese allein durch Kapitaleinschüsse dazu bewegen, ihre Geschäftsmodelle hin zu regional verankerten, nachhaltigen und konservativen Strukturen zu ändern. Sie wollen und können es nicht, ihre Ressourcen sind sowohl personell als auch von der Kompetenz schwerpunktmäßig auf internationale funding-arbitrage-Geschäfte (Wertpapier-Margengeschäfte) ausgelegt.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 62,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte die Buchprämie Urban Köller Solök
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 44,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie Urban Köller Solök
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 10,-/Ausland € 15,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

